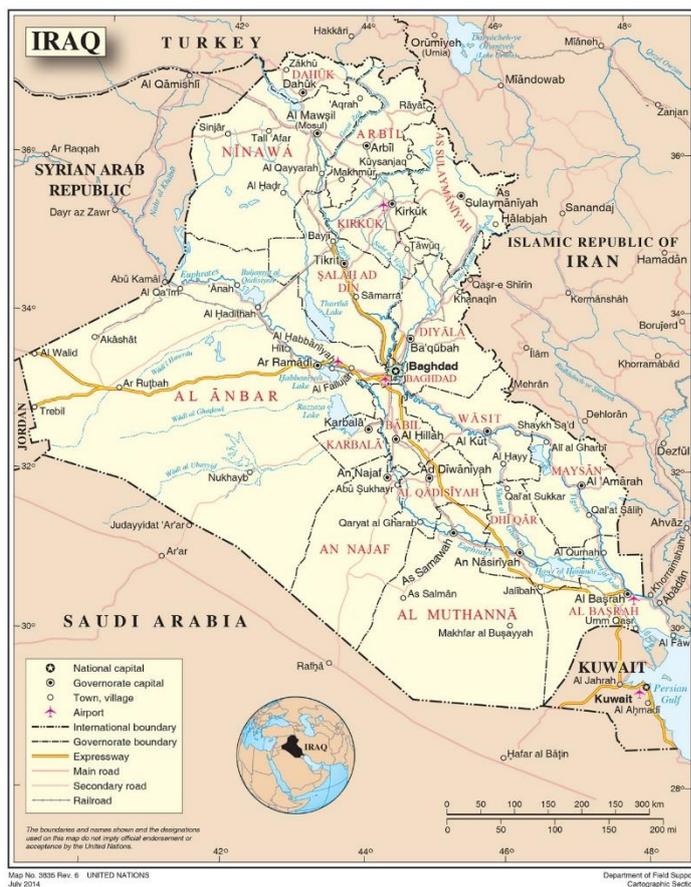


Factsheet Irak

Oktober 2021

1 Facts & Figures



Karte: [UN](#), 2014

und einem Regierungschef oder Premierminister mit wichtigen Exekutivbefugnissen. Barham Salih ist seit 2018 Präsident. Mustafa al-Kadhimi ist seit April 2020 Premierminister und steht einer geschäftsführenden Regierung vor. Der Repräsentantenrat (CR), der sich aus 329 gewählten Vertretern zusammensetzt, ist das wichtigste gesetzgebende Organ und ernennt die Regierung auf Grundlage der Wahlergebnisse. Nach den vorgezogenen Wahlen im Oktober 2021 laufen die Verhandlungen über die Ernennung des Präsidenten und des Premierministers sowie über die Zusammensetzung der Regierung. Korruption ist endemisch und [strukturell](#); im Korruptionswahrnehmungsindex liegt das Land auf [Platz 160 von 180 Staaten](#).

Autonome Region Kurdistan. Die Region Kurdistan ist als föderale Region mit einer eigenen kurdischen Regionalregierung (KRG) anerkannt. Letztere hat ihren Sitz in Erbil und übt die Autorität über die Provinzen Erbil, Sulaimaniya, Dohuk und Halabja aus. Die *Demokratische Partei Kurdistans* (KDP) übt ihre Macht in den Provinzen Dohuk und Erbil aus, während die *Patriotische Union Kurdistans* (PUK) und die Gorran-Partei um die Provinz Sulaimaniya konkurrieren.

Gesamtbevölkerung: [40,2 Millionen](#), davon sind fast [40%](#) unter 15 Jahre alt.

Sprachen: Die Amtssprachen sind Arabisch und Kurdisch.

Ethnische Zusammensetzung: [Araber*innen \(75-80%\)](#), [Kurd*innen \(15-20%\)](#). Ethnische Minderheiten: Turkmen*innen, Shabak, Chaldäer*innen, Assyrer*innen, Armenier*innen, schwarze Iraker*innen, Roma, Yezid*innen.

Religionen: Der Islam ist die vorherrschende Religion (97 %). Schiit*innen (Araber*innen, Turkmen*innen, Kurd*innen) machen etwa [60% der Bevölkerung aus](#), [Sunniten etwa 37%](#). In Bagdad sowie im Süden und Osten sind Schiit*innen in der Mehrheit. Im Westen, im Zentrum und im Norden sind Sunnit*innen in der Mehrheit.

Parlamentarische Demokratie mit den wichtigsten Befugnissen in den Händen eines Premierministers. Der Irak ist eine [parlamentarische Demokratie](#) mit einem Staatsoberhaupt mit begrenzten Rechten

2 Risikoprofile

Diese Profile beruhen auf den Richtlinien von [UNHCR](#) vom Mai 2019.

- **Personen, die zu Unrecht verdächtigt werden, Daesh zu unterstützen:**
 - Sunnitisch-arabische und turkmenische Männer und Jungen im kampffähigen Alter, die in einem Gebiet leben, das von Daesh kontrolliert wird und/oder in dem Daesh präsent ist;
 - Frauen und Kinder, die aufgrund von Familien- oder Stammesbeziehungen mit tatsächlichen oder vermeintlichen Daesh-Mitgliedern in Verbindung stehen.
- **Personen, die mit der Regierung in Verbindung stehen oder als Unterstützer der Regierung angesehen werden:** Regierungsbeamte; Beamte, einschliesslich von der Regierung ernannte Richter und Staatsanwälte, Angestellte staatlicher Unternehmen; Mitglieder politischer Parteien; Mitglieder der irakischen Sicherheitskräfte (ISF), mit ihnen verbundener Streitkräfte und der Peschmerga; Zivilpersonen, die verdächtigt werden, mit den ISF, mit ihnen verbundenen Streitkräften oder den Peschmerga zu kooperieren; Stammesführer und Mitglieder von Stämmen, die mit der Regierung in Verbindung stehen oder als mit ihr verbunden angesehen werden.
- **Personen, die sich gegen die Regierung oder gegen Personen, die mit der Regierung in Verbindung stehen, gegen Politiker oder andere Personen mit politischem Einfluss stellen oder als solche wahrgenommen werden.**
- **Personen, die tatsächlich oder mutmasslich in Opposition zur KRG stehen,** einschliesslich Personen, die in Opposition gegenüber den herrschenden Regierungsparteien oder anderen Personen mit politischem Einfluss in der KRG stehen, einschliesslich Familienangehörige von Personen mit diesem Profil.
- Angehörige **religiöser und ethnischer Minderheiten**, die in einem Gebiet oder in der Nähe eines Gebietes leben, in dem Daesh präsent ist.
- Menschen, **die vom Islam zum Christentum konvertiert** sind.
- **Journalist*innen und andere Medienschaffende**, die sich mit kritischer Berichterstattung über politische oder andere sensible Themen befassen.
- **Frauen und Mädchen:**
 - die von sexueller Gewalt, häuslicher Gewalt, Gewalt im Namen der Ehre oder von FGM bedroht sind
 - die von Zwangsheirat und/oder Kinderheirat bedroht sind
 - die von Menschenhandel zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung und Zwangsprostitution bedroht sind.
- **Kinder:** Überlebende und von Zwangsrekrutierung, Menschenhandel und Zwangsarbeit bedrohte Kinder.
- Menschen mit **unterschiedlichen sexuellen Orientierungen und/oder Geschlechtsidentitäten**.

3 Jüngste Entwicklungen

3.1 Politische Lage

Die Parlamentswahlen im Oktober 2021 wurden von der Bewegung von Moqtada al-Sadr gewonnen. Sinkende Wahlbeteiligung. Die Ergebnisse wurden von der Partei Fateh Alliance angefochten. Am 10. Oktober 2021 fanden vorgezogene Parlamentswahlen statt, bei

denen 329 Mitglieder des Repräsentantenrates (CR) gewählt wurden. Die Durchführung dieser Wahlen war [eines der Versprechen](#) der Regierung im Anschluss an die Proteste, die das Land seit Oktober 2019 erschütterten. Laut den [ersten Ergebnissen dieser Wahlen](#), bei denen die Wahlbeteiligung unter 43% lag, ging die vom schiitischen Imam Moqtada al-Sadr (Iranger) angeführte Bewegung mit mehr als 70 Sitzen als Siegerin hervor. Die *Fateh (Eroberungs)-Allianz*, eine Koalition der vom Iran unterstützten Milizen, die vor den Wahlen die zweitstärkste Fraktion im Parlament war, soll von 48 auf ein Dutzend Sitze gefallen sein. Ihr Anführer, Hadi al-Amiri, [wies die Ergebnisse als «gefälscht» zurück](#). Eine Woche nach der Wahl [demonstrierten](#) mehrere hundert Parteianhänger in Bagdad und forderten eine Neuauszählung der Stimmen.

Bei der Niederschlagung der Protestbewegung Ende 2019 gab es mindestens 600 Tote. Rücktritt des Premierministers im November 2019 und Einsetzung einer Übergangsregierung im April 2020. Gezielte Tötungen von Aktivisten und Journalisten wurden auch im Jahr 2021 fortgesetzt. Gross angelegte Proteste erschütterten das Land Ende 2019. Die Demonstrierenden [prangerten die weit verbreitete Korruption](#) an und forderten einen verbesserten Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen wie Wasser und Strom sowie mehr Arbeitsplätze. Sie forderten auch ein [Ende des von den USA eingesetzten politischen Systems](#) und den Sturz der mit dem Iran verbundenen bewaffneten Gruppen. Bei der Niederschlagung der Proteste durch die Sicherheitskräfte wurden [mindestens 600 Menschen getötet](#). Demonstrierende und Aktivisten wurden auch von [bewaffneten Gruppen](#) gezielt ermordet. Im November 2019 trat Premierminister Adil Abd al-Mahdi zurück und wurde durch eine Übergangsregierung unter der Leitung von Mustafa al-Kadhimi ersetzt. In den Jahren 2020 und 2021 wurden in einem Klima der Straflosigkeit weiterhin regierungskritische Personen ermordet, insbesondere Journalist*innen und Aktivist*innen. Die meisten Beobachter [verweisen dabei](#) auf schiitische Milizen, die mit den *Popular Mobilisation Forces* (PMF) verbunden sind, einer Organisation, die ursprünglich zur Bekämpfung von Daesh gegründet wurde, sich aber seither [weigert](#), sich der Regierung zu unterstellen.

Kurdistan ist nach wie vor politisch zwischen der KDP, der wichtigsten politischen Partei der Region, und der PUK, ihrem grössten Rivalen, gespalten. Weitreichende Proteste gegen Korruption und für bessere öffentliche Dienstleistungen im Jahr 2020. Welle von Repressionen und willkürlichen Verhaftungen. Die Regionalregierung Kurdistans wurde im September 2018 gewählt, jedoch erst im [Juli 2019](#) nach Verhandlungen zwischen KDP, PUK und der Gorran-Partei gebildet. Der Präsident, Nechirvan Barzani, und der Premierminister, Masrour Barzani, gehören beide der KDP an. Kurdistan ist politisch und [territorial](#) zwischen der KDP und der PUK aufgeteilt. Beide Parteien haben ihre [eigenen Streitkräfte](#), die Peschmerga, und sind erbitterte Rivalen. Im Jahr 2020 kam es in Kurdistan zu grossen Protesten, vor allem in Sulaimaniya, Duhok und Erbil. Die Demonstrierenden prangerten die Korruption an und forderten bessere öffentliche Dienstleistungen und die Auszahlung überfälliger Gehälter an die Staatsbediensteten. Die Proteste wurden von den Behörden [brutal unterdrückt](#), die eine Kampagne von Massenverhaftungen starteten. Journalist*innen, Menschenrechtsaktivist*innen und Demonstrierende sind [willkürlichen Verhaftungen, Drohungen und anderen Formen der Einschüchterung](#) ausgesetzt. Die Behörden haben Strafverfahren gegen Journalist*innen und Aktivist*innen eingeleitet, die Nachrichten in sozialen Netzwerken veröffentlicht haben. Nach Angaben von [Amnesty International](#) wurden willkürliche Verhaftungen, denen manchmal das Verschwindenlassen von Personen folgte, hauptsächlich von den Asayish (Sicherheitsbehörde) und den Parastin (Geheimdienst der KDP) durchgeführt.

3.2 Sicherheitslage

Die US-Truppen werden den Irak bis Ende 2021 verlassen. Das Parlament hat im Januar 2020 eine Resolution verabschiedet, in der der Abzug der ausländischen Truppen gefordert wird. Im Juni 2021 kündigten die USA das [Ende des Kampfeinsatzes](#) der US-Truppen im Irak an. Sie werden das Land voraussichtlich Ende 2021 nach 18 Jahren Präsenz verlassen werden. Die USA beabsichtigen nach wie vor, eine militärische Präsenz aufrechtzuerhalten, sie wollen sich jedoch auf die Ausbildung und Beratung der irakischen Armee beschränken; dabei geht es insbesondere um den Kampf gegen das Wiederaufleben von Daesh. Im Januar 2020, wenige Tage nach der [Ermordung des iranischen Generals Qassem Solei-Mani durch die USA](#), verabschiedete das irakische Parlament eine [Resolution](#), in der der Abzug der ausländischen Truppen gefordert wurde.

Wiedererstarben des Daesh seit Mitte 2019, Rückkehr zu seinen alten aufständischen Taktiken. Daesh wurde Ende 2017 im Irak und 2019 in Syrien militärisch besiegt und hat sich seitdem im Irak neu gruppiert, wo er versucht, sich in seinen traditionellen Hochburgen in ländlichen Gebieten [wieder zu etablieren](#). Ohne territoriale Kontrolle ist Daesh derzeit darauf beschränkt, Aufstandstaktiken anzuwenden und Anschläge zu verüben, die sich hauptsächlich gegen irakische Sicherheitskräfte richten. Zwischen 2019 und 2020 hat sich die [Zahl der Anschläge von Daesh verdoppelt](#). Im September 2021 wurden [12 irakische Sicherheitskräfte bei einem Daesh-Angriff in der südlichen Stadt Kirkuk getötet](#).

Neue türkische Militäroperationen gegen die PKK im Norden Kurdistans. Die Spannungen zwischen KDP und PKK verschärfen sich durch diese Operationen und den Tod von sechs Peschmerga im Juni 2020. Die Sicherheitslage hat sich in den kurdisch-türkischen Grenzgebieten, insbesondere in der von der KDP kontrollierten Provinz Dohuk, seit 2019 [verschlechtert](#). Nach der im Juni 2020 eingeleiteten Operation «[Adlerkrallen](#)» startete die Türkei im April 2021 gleichzeitig die Operationen «[Klauenblitz](#)» und «[Blitzklaue](#)» zur Eliminierung der PKK. Sie wurden von Luftangriffen und Artilleriebeschuss begleitet. Die [Spannungen zwischen der PKK und der KDP](#) wurden durch türkische Militäroperationen und durch den Tod von sechs Peschmerga der KDP im Juni 2020 verschärft, die nach Angaben der KDP in einen Hinterhalt der PKK geraten waren. Die PKK beschuldigt die KDP, die Kurden zu verraten, indem sie sich mit Ankara verbündet. Die KDP wiederum beschuldigt die PKK, die Region Kurdistan zu destabilisieren und die Ursache für die türkischen Militärangriffe zu sein. Die Türkei führt [auch Angriffe](#) gegen die iranische Kurdenpartei für ein freies Leben in Kurdistan (PJAK) durch, die der PKK nahesteht.

4 Praxis Schweizer Behörden

Niedrige Anerkennungsrate. Nach den SEM-Zahlen für 2020 lag die Anerkennungsquote bei 15,9 % und die Schutzquote (positive Entscheidungen + vorläufige Zulassungen) bei 57,6%.